

Volksrecht

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weizweil-Beitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geisstraße 21, erster Hof pastertze rechts.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 156.

Donnerstag den 8. Juli 1897.

8. Jahrg.

Zwei Perioden.

Der Kampf ums Dasein, um materielle Daseinsbedingungen, zeigt sowohl in seinen einfachsten wie in seinen höher entwickelten Formen in Bezug auf das Verhalten der Einzelwesen und Gruppen zu einander zwei verschiedene Perioden oder Methoden.

In der ersten, naiven, erfahrungslosen Periode wird er mit egoistischer Rücksichtslosigkeit geführt. Man geht auf sein Ziel los, gänzlich unbekümmert um Wohl und Wehe anderer. Gegen diejenigen, die in Wege stehen, wird der Vernichtungskampf geführt mit brutaler Gewalt, soweit man sich dazu stark genug fühlt, daneben auch mit List und Tücke. Die anderen machen es nun aber ebenso, kämpfen mit denselben vergifteten Waffen, gehen ihren Mitegossen und Schädigern mit gleicher Rücksichtslosigkeit und Feindseligkeit zu Leibe. Jeder Zeit sucht nun den anderen durch immer stärkere Brutalität und Tücke zu unterdrücken und zu überlisten, aber immer ohne Erfolg, denn was der eine Zeitlang kann, oder lernt schließlich auch der andere, Gewalt erzeugt Vergewalt, und Arglist weckt Verschlagenheit, Schwäche werden zu Stärken, wenn die Kräfte sich nicht, sich zur Gegenwehr zu setzen, ihre schlummernden Kräfte weckt. Und wenn sie auch eine Zeitlang am Boden liegen, so sammeln sie während dessen ihre Kraft und rücken unmerklich den Gegenangriff für gelegene Zeit.

Nachdem so der unermüdete Egoismus alle seine Mittel erschöpft hat, ohne ans Ziel zu kommen, vielmehr in immer unergieblicheren Verhältnissen gerät und die erzwungenen Vorteile mit weit größeren Nachteilen hat beschaffen müssen, dämmert den Betroffenen die Einsicht auf, daß es für beide Teile besser ist, einander zu dulden, in friedlichem Nebeneinander statt in blödsinnigem Gegeneinander dem Daseins- und Interessenkampf zu führen. Die zweite Periode beginnt, die den Gleichsatz „Leben und Leben lassen“ anerkennt.

So wurde das Faustrecht durch „Recht und Gesetz“ verdrängt. — So auch haben die beiden christlichen Konfessionen, nachdem sie sich jahrelang mit einander blutig herumgeprügelt hatten, sich durch Beugen müssen, einander wohlwollend zu dulden. — So hat unter den Völkern ein friedliches Verhältnis Platz gefunden, nachdem sie jahrelang um ihre höchsten Güter in Kriegen und Eroberungen erbittert. — So ist auch der Konfessionsalismus an Stelle des Absolutismus getreten. — So hat auch in ökonomischen Kreisen die Form des Prinzipialismus an Stelle des Absolutismus getreten. Das Prinzipialismus hat sich als ein friedliches Verhältnis erwiesen, nachdem zuvor ungezügelter Absolutismus herrschte, welcher in der römischen Mythologie der Gott Merkur zugleich der Gott der Kaufleute und der Spitzhühner war.

So stellt sich neue Interessensverhältnisse herausfinden, beginnen sie mit der Methode rücksichtloser Draufgänger, sehen sie aber mit der Zeit genötigt, in die zweite Periode einzutreten. Dann sie machen allmählich die Erfahrung, daß „wer Gewalt und Tücke übt, untergeht seine eigenen Kräfte“, daß keinen selten Boden mehr er auf stets nach neuen Stufen suchen, um sich zu halten, findet aber doch keine, weil alles, was die einen können, schließlich auch die anderen können.

Das ist denn nun auch der Fall in Verhältnis der Kapitalisten und Unternehmern zur Arbeiterbewegung. In der ersten Periode kann man keine andere Politik als rücksichtslose Unterdrückung, Brutalität im Grunde mit politischem und sozialem Schwindel verschiedener Art spielen in jeder Richtung und der Glaube an die Wirksamkeit dieser Methode beherrschte unangenehm die Erfahrung. Wie immer und überall in der ersten naiven Periode überschätzt man die eigene Macht und unterschätzt die des anderen Teiles und weiß nicht mit den hielberwerbenden Faktoren zu rechnen. — So wagt der Kampf lange hin und her, und alle rufen und verschlagenen Praktiken dämmen die Flut nicht ein, die Wogen gehen vielmehr nur immer höher und stürmischer, wozu noch kommt, daß das Unternehmertum im Kampf wieder die Arbeiter sich mit seinen alten Erfordernissen, den Zünften und Pfaffen, verbinden und ihnen seine Schutzmassen gegen ihre Fab- und Maschinen ausliefern mußte, worauf die gefährlichen Bundesgenossen naturgemäß das Unternehmertum selber ihre widergenommene Taktik fähig lassen, es an der Gurgel packen und seine Interessen weit ärger gefährden und schädigen, als jemals die gerechten Ansprüche der Arbeiter ihnen Abbruch thun konnten. Das alles bewirkt, daß die Vernunft in kapitalistischen Kreisen aufzukommen beginnt und die zweite Periode anbricht, in der die Kapitalisten die Arbeiter als gleichberechtigte Klasse anerkennen sich genötigt sehen und in welcher sie erkennen, daß sie selber viel besser dabei fahren, daß es geschäftsmäßig viel praktischer ist, dem Proletariat Konzeptionen zu machen, statt es ökonomisch und

politisch rücksichtslos zu machen. Sie schließen ihren Frieden mit den Arbeitern, ein konstitutionelles Verhältnis bildet sich heraus an Stelle des kapitalistischen.

In England, dem industriellen Vorkampfland, ist vom Kapital diese Erfahrung schon viel früher gemacht worden, als in Deutschland, und darum ist auch die zweite Periode dort schon vor Jahrzehnten angedrungen. — In Deutschland steht das Kapital noch tief in der ersten Periode der Rüksichtslosigkeit, wie es erst in den allerletzten Tagen wieder beim Bergarbeiterstreik im Beitz-Weissenfelder Revier bewiesen hat.

Aber es hilft dem Kapital alles nichts; es wird auch in Deutschland bald daran glauben und zur zweiten, vernünftigen Methode übergehen müssen. Und wenn nicht alle Kräfte trügen, so bereitet sich gegenwärtig in den intelligenteren Kreisen des Kapitalismus dieser gesunde Umkehrung vor. Die Repräsentanten der Sozialdemokratie und Proletariat haben sich ihre Ziele so ziemlich abgelaufen. Wie sehr der neugeartete Absolutismus, Feudalismus, Merkantilismus die bürgerlichen Interessen gefährdet, hat eine Reihe der neuesten Vorgänge deutlich genug gezeigt. Schon sind die Dinge so weit gekommen, daß man im Bürgerium, das sich selber zu schwach fühlt, sich seiner feudalen Bundesgenossen zu erwehren, vielmehr die Hoffnung auf das Proletariat setzt und ihm die Hand entgegenreckt zum gemeinsamen Kampf gegen den bösen Feind der Junkerei und Verwahrloshung.

Der weitere Verlauf des Vereinigungsgehees wird ein Grabmal dafür sein, wie weit diese bessere Einsicht im kapitalistischen Bürgerium geblieben ist. An der Arbeiterschaft aber ist es, durch unermüdete Agitation diese zweite Periode auch für Deutschland zu beschleunigen.

Die Tüge von der „Not der Landwirtschaft“.

Ein pommerischer Großgrundbesitzer schreibt der Nat. Ztg. u. a.:

„Ich glaube etwas von der praktischen Landwirtschaft zu verstehen, und ich bin in der glücklichen Lage, mich zum Beweise auf den Erfolg berufen zu können. In der Jahresrechnung von 1896/97 überreicht die des Vorjahres um ein Viertel; dabei braucht zwischen Brutto- und Nettoernte nicht unterschieden zu werden, da die Produktionskosten überhaupt nicht gestiegen sind. Dies gute Resultat ist erreicht, obwohl nicht überall die höchsten Preise erzielt sind; denn die Preise waren nur zu Anfang des Herbstes 1896 mit 135, zu Ende mit 168 Mark bezahlt und ein Fünftel des Vorjahres ist für 135 Mark abgegeben worden. Wenn nun schon die geringe niedrige Einnahme zur Erhaltung der wirtschaftlichen Stellung genügt, wenn ferner die Futterpreise ununterbrochen geblieben, Schwämme pro Zentner 7-8 Mark mehr bringen als im Vorjahre, und der Weizen noch jetzt trotz der durch das Vorkriegs- und die hieran sich anschließenden unglücklichen Vorkriegs- gegen den Getreideanstieg 138 Mark pro Tonne erzielt, so ist die Lage der Landwirtschaft auch jetzt noch nicht unzufrieden, so jedoch nur unter der Voraussetzung; daß die agrarische Forderung gänzlich abgeändert wird. Ich bin nicht im mindesten zweifelhaft darüber, daß die einzige gefährliche Krankheit, an der der Landwirtschaft, leider, das Agrarierum ist. Wird es chronisch, dann sind wir verloren; wird es endlich durch die Preisüberhöhung, daß der Preis und keine Inflationserscheinung in schwerer Lage sind, mußte man ihnen nach ihrem konstanten Auftreten in den Parlamenten und Verammlungen des Bundes der Landwirtschaft ja glauben, und daß sie doch nicht dem für die Fortentwicklung der Landwirtschaft im wünschlichen Dasein ist es nicht gleichgültig, ob die Großgüter präferieren; oder es präferieren deren auch jetzt noch viele. Ich könnte manden, auch agrarischen, nennen der ohne weiteres erklärt hat, er müsse sich in diesem Jahre in der Einkommensteuer höher schlagen. Die Agrarier haben kein Recht, von einer Agrarreform zu sprechen, und sie dürfen nur von der Notlage bestimmter Landwirte, deren Lage sie kennen, sprechen. Um allenweiligen haben sie ein Mandat von den Bauern, sich in deren Namen so ins Zeug zu legen, wie sie es verheißt. Die Bauern sind in der übermühten Notlage im Verhältnis zur der Landwirtschaft mit den Großgrundbesitzern vorgeschritten; sie drücken das Getreide, wo dies es thun, und pflanzen die Kartoffeln im Felde ebenso mit dem Spaten wie diese, andere rationale, wo dies es thun, und die gegenständlichen Folgen sind nicht ausbleiben. Der Herr Agrarier können sich hüten, in der Klimat wie in Vommern durch den Augenchein überzeugen.

In Konzeptionen dieser Beurteilung das Agrarierum wenden sich viele von uns — ich kann keinen anderen Ausdruck finden — mit Entsetzen ab. Unter Agrarier, zur Erklärung dieses Umstandes genügt der Hinweis, darauf daß hier der Verdrüssungspunkt des den Stamm der konservativen Partei bildenden Kleinadel mit der Sozialdemokratie zu finden ist, wenigstens die speziell gegen den Antrag Kaiser liegt: Sozialismus haben und drücken. Wir werden uns mit gleichem Empfinden ab von dem Verlangen die Verdrüssungspunkte für den Realisist gleichzeitig zu fixieren — dem unglücklichen Mittel, den Kredit des Landwirts zu ruinieren — sowie vor allen Maßregelungen des Getreidehandels. Die Agrarier sind ein einziger Saugnapf, der sich durch den Kaufpretsrückgang nicht nur ein Verdrüssungspunkt, sondern auch ein Verdrüssungspunkt, kann nur Verwirrung und Unheil stiften. ... Leider muß noch ein Jahr vergehen, bevor wir an die Wahlurnen gerufen werden. Dies Jahr kann, wenn es so weiter geht, wie bisher, viel Unglück über das preussische und deutsche Vaterland bringen.“

Das deutsche Volk hat es in der Hand, mit der Agrar-demagogie gründlich abzurechnen. Daß weiß man in Agrarierkreisen, darum der letzte verzweifelte Anlauf, um zu retten, was zu retten ist!

Tagesgeschichte.

Für das keine Sozialistengesetz haben im preussischen Herrenhaushalt a. a. folgende bürgerliche Mitglieder gestimmt: Geh. Ober-Postrat Dambach, Prof. Dr. Dernburg, Kammergerichtspräsident Drenthmann (ein ganz bekannter Reaktionsär), Senatspräsident des Kammergerichts Gelling, Prof. Dr. Höpfer, Breslau, Oberbürgermeister Doktor Giese, Altona, Ober-Justizrat Jitenbach (Kronhyndant und oberster Leiter der Militärjustiz), Reichsbanpräsident Dr. Koch(!), Präsident des Oberverwaltungsgerichts Verhus, Prof. Dr. Reinicke-Kiel, Präsident der Justiz-Prüfungskommission Dr. Sölgel (Kronhyndant). Unentschieden gestimmt haben u. a. Kommerzienrat Frenzel und Oberbürgermeister Jelle von Berlin.

Wie die konservativ Partei, die sich jetzt so eifrig für ein neues Sozialistengesetz ins Zeug legt, im Jahre 1892 auf dem Tivoli-Parquet gegen Ausnahmegeetze zu Felde gezogen ist, wird in der Zeit von Herrn v. Gerlach wieder in Erinnerung gebracht. Auf diesem Parquet wurde der Antrag gestellt, aus dem Entwurf des Tivoli-Programms die Worte: „daß die Sozialdemokratie mit den Bürgern in der Sache des Staates zu belämpfen sei“ zu streichen. Hierzu erklärte der konservativ bairische Landtagsabg. Bedt: „Ich will niemanden einen Vorwurf machen, der damals für das Sozialistengesetz gestimmt hat. Aber jetzt soll man auch die Taten bei den Taten lassen und nicht von neuen Sozialistengesetzen reden.“ Und Söder, damals noch Mitglied der konservativen Reichs- und Landtagsfraktion, sagte: „Der seit langem wieder zum erstmalen verfallene konservativ Parquet muß bestimmt erklären, daß er keine Ausnahmegeetze will. Nicht aus Opportunismus, sondern aus Prinzip bin ich dafür, daß wir diese Worte streichen. Wir können wir immer an der Seele des Volkes! Dann brauchen wir kein Sozialistengesetz.“ „Beifolgt Zustimmung“ und „stimmte Zustimmung“ bezeichnet der Bericht hinter den beiden Hauptfragen. Sogar der vorstige Herr von Reichshaus, seiner Zeit Führer der Konservativen im Landtag, erklärte mit aller Bestimmtheit: „Streichen Sie, wenn und was Sie wollen. (Sehsthaft Beifall.) Wir haben auch niemals das Sozialistengesetz wieder gewollt.“ Niemand aus der Verammlung widersprach der Erklärung, niemand protestierte gegen die Deutung, die der Sitzung beigelegt wurde. Einstimmig gelangte sie zur Annahme.

Die ungewöhnliche Thätigkeit, welche die Gezegebungs-macht in den letzten Jahren entfaltet hat, findet in den Reichs-Polit. Nachr. eine beachtenswerte Kritik. Unlangst hat ein Abgeordneter die Stimmung der Bevölkerung gegenüber der Fülle neuer Geetze, die der agrarischen-fraktionären Politik entstammen, dahin gekennzeichnet, daß sie zwischen die Hände der Regierung einlagere über sich ergießen sollte. Die Reichs-Polit. Nachr. urteilen allerdings milder, aber sie erklären es doch für richtig, daß in der Bevölkerung der Wunsch besteht, mit solchen Geetzen verfahren zu werden. „Zersch“ — so wird weiter ausgeführt — „nicht bloß für die Bevölkerung, sondern auch für die verantwortlichen Verantwortlichen ist die Ueberfülle der gezegebungen Arbeiten der letzten Jahre ein Lebel. Das gilt zwar nicht allein, aber doch in erster Linie vom Reichstage. Unter den Gründen für die chronische Verschleppung dieser Körperpolitik nimmt die ungenügende Anzahl der Mitglieder der Kommissionen der letzten Stellen ein. Aber auch sonst ist die Menge der großen Gezegebungen, welche dem Reichstage zuzuführen, einer nachgehenden Durchsicht des gezegebenden Stoffes nicht weniger als unzulänglich gewesen. Die Schwierigkeiten, die Kommissionen mit geeigneten Kräften zu besetzen, machen sich in dem Maße geltend, daß vielfach zur Entandung von Abgeordneten geschritten werden mußte, welche der Aufgabe nicht gewachsen waren. Die Folge davon ist vielfach eine gegen sichere Zeiten weit zurückgehende unzulässige Fällung der Geetze, welche bei der Durchführung derselben die größten Schwierigkeiten bereitet. Einen dringlichen Bedarf für diese Thatsachen liefern die Schwierigkeiten der Auslegung, welche das Vorkriegsgezebe reitet.“

Schließlich äußert das offizielle Blatt die Annahme: „daß die Reichs- wie die preussische Regierung diese Ermüdungen nach ihrem vollen Gemüthe würdigen und Bedacht darauf nehmen werden, zunächst die gezegebungen Arbeiten auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.“

Die Junker werden der Regierung schon sagen, was sie zu thun und zu lassen hat. Vom Dreieck. Steht der Dreieck so fest wie vor zwei, drei Jahren? Wer weiß? Bedenklich ist ja manches.

